

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bestandteile für den Monat frei Haus 2 RM (Halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiter-Zeitung“, Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Dresdenerstraße 2 / Fernsprech-Gesamtnummer 14191 / Postfachnummer Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel-Str. 10 / Dresdener-Postamt, Dresdener-Postfach 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtschlüssel: „Arbeiter-Zeitung“ Dresden / Erscheinungstermin: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neu mal gepolte Standardzeile oder deren Raum 0,20 RM, für Familienanzeigen 0,25 RM, für die Restwerbezeit einschließlich an den dreizehntägigen Festtagen 1,25 RM. Abgesehen von den oben genannten Preisen sind für die Anzeigen in der Expedition Dresdener-Postfach 2 / Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Drival drückt kein Anspruch auf Verfertigung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 24. April 1926 Nummer 95

Vollentscheidung und Regierungskrise

Verstärkung der Reaktion — Braun für das Kompromiß

Recht. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und dem demokratischen Finanzminister Brauns, Staatsrat Hoff und dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Brüning, Staatsrat Brauns haben dazu geführt, daß eine Einigung zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der Reichsregierung über das Fiskuskompromiß zustande gekommen ist. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Brüning hat sich für eine Einigung über das Fiskuskompromiß mit dem Fiskuskommissar, die hier durch den Reichspräsidenten Brüning unterzeichnet, die besten Beziehungen zu der Regierung unterhält, erklärt. Die besten Beziehungen zu der Regierung unterhält, erklärt. Die besten Beziehungen zu der Regierung unterhält, erklärt.

durchgeführten Verhandlungen verläuft, daß die preussische Regierung, geführt durch den Sozialdemokraten Braun dem Kompromiß zustimmt und verzichtet, die Sozialdemokraten zur Zustimmung zu bewegen. Der „Vorwärts“ berichtet über die Verhandlungen und bemerkt, daß das Ergebnis der Verhandlungen nicht günstig, um die Sozialdemokraten zur Zustimmung zu veranlassen und schreibt, daß der Kompromiß keinen Lauf nimmt. Bei den Beratungen sollen die Sozialdemokraten „auch weiter ihre wohlbedachten Verbesserungsvorschläge“ vertreten. Wenn die hiesige Presse so weiter Stimmung mache, würden die Beratungen ergebnislos verlaufen. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt zu den Beratungen: „Es ist nicht anzunehmen, daß von der sozialdemokratischen Seite noch wesentliche Schwierigkeiten gemacht werden.“

Verfassungsbruch

Was wir Kommunisten schon längst gesehen haben, und warum wir die Gesamtarbeiterschaft so dringend alarmieren, entwickelt sich geradezu programmatisch Schlag auf Schlag. Stampfer hat noch gar nicht Zeit gehabt, sich aus seiner Verückung über unsere „herrliche Demokratie“, wie sie sich beim Volksentscheid zeigte, zu erholen, da trumpft die monarchistische Reaktion brutal und provokatorisch mit ihren Staatsstreikhrochungen auf, da zeigt sie den sozialdemokratischen Traumwandlern unfaulst genug die Grenzen dieser Demokratie. Sie sind verdammt eng, sie hören schon da auf, wo das werktätige Volk seine elementarsten Lebensinteressen wahrnehmen will.

Recht. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und dem demokratischen Finanzminister Brauns, Staatsrat Hoff und dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Brüning, Staatsrat Brauns haben dazu geführt, daß eine Einigung zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der Reichsregierung über das Fiskuskompromiß zustande gekommen ist. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Brüning hat sich für eine Einigung über das Fiskuskompromiß mit dem Fiskuskommissar, die hier durch den Reichspräsidenten Brüning unterzeichnet, die besten Beziehungen zu der Regierung unterhält, erklärt. Die besten Beziehungen zu der Regierung unterhält, erklärt. Die besten Beziehungen zu der Regierung unterhält, erklärt.

Die bisher noch dauernd widersprechenden Mitteilungen über die Verhandlungen über das Fiskuskompromiß zeigen, wie hinter den Kulissen gearbeitet wird. Man will die Forderung der 12 1/2 Millionen, die die Entzignung verlangt haben, einfach ignorieren. Gleichwohl soll mit der Erklärung der Regierung als verfassungswidrig eine andere Konstellation der Reichsregierung herbeigeführt werden. Es wird sehr hart daran gearbeitet, die Deutschnationalen in das Kabinett zu bringen. Dabei will man die demokratischen Minister ausschalten. Die Absicht der Regierung geht dahin, die Annahme der Verfassungsmäßiger Bestimmungen überhaupt unmöglich zu machen und dann die Verfassung zu ändern. Erklärt doch die Regierung das jetzt von den Inflationsschuldigern das von den Aufwertungsgruppen eingebrachte Volksbegehren als unzulässig und lehnt die Zustimmung einfach ab. Da Abgabengesetze und Belastungsgesetze dem Volksentscheid nicht unterliegen, erklärt die Regierung, die Forderung nach Aufwertung sei ein Abgabengesetz. Richtig ist, daß als Abgabengesetze nur Steuererhöhungen gelten können. Die Aufwertung ist aber keine Steuer. Um aber auch für diesen Fall des Volksbegehren ablehnen zu können, soll jetzt ein Zusatz eingebracht werden, nach dem über die Folgen von Geldentwertung eine Volksentscheidung durchgeführt werden soll. Auf die Zeit der dauernden Ergänzung wird man dann den Volksentscheid überhaupt aufheben.

Die Sozialdemokraten wären bereit gewesen, dem § 2 zur Annahme zu verhelfen, wenn ihnen betreffend der Rückwirkung des Gesetzes auf bereits rechtskräftige Einkommensurteile die kleinste Konzession gemacht worden wäre. Trotzdem die Demokraten die Volkspartei bestärken, doch in dem einen Punkt nachzugeben, um das Gesetz zu retten, haben die Volkspartei in vollem Bewußtsein der Konsequenz diese Konzession verweigert und dadurch den Ausschuss gesprengt. Dabei zeigte sich ihr enges Zusammenspiel mit den Deutschnationalen im hellsten Licht. Die Volkspartei hat den Ausschuss gesprengt, weil sie überhaupt kein Interesse an dem Verzicht haben, den Volksentscheid auf „legalem“ Wege zum Scheitern zu bringen, sondern weil sie gemeinsam mit den Deutschnationalen und offenbar auch mit den rechten Zentrumsführern den Volksentscheid und die Fürsteneinteilung unter Verfassungsbruch verhindern und die monarchistische Diktatur aufrichten wollen.

Die Haltung des „Vorwärts“

Recht. 24. April. (Eigener Drahtbericht.) Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung mit der preussischen Regierung, mit den Sozialdemokraten und Regierungsparteien

Ungeheures Ententefreunde

Sozialdemokraten gegen den deutsch-russischen Vertrag

Die wichtigste der Abklärung des deutsch-russischen Vertrags wird um so heftiger wird die Gegenpropaganda der Sozialdemokratie. Mit allen Mitteln sucht die sozialdemokratische Presse den Vertragsabschluss zu diskreditieren. Die „Frankfurter Weltztung“ erhebt den Ruf: Keine Geheimverträge. Nun ist der Vertrag von Locarno auch nicht ohne im vollen Wortlaut veröffentlicht worden, bis dieser Wortlaut feststand. Man kann daher auch nicht verlangen, daß der deutsch-russische Vertrag publiziert wird, ohne er seine endgültige Fassung durch Unterzeichnung der beiden Partner gefunden hat. Die Grundzüge des Vertrags sind im übrigen längst bekannt. Im wesentlichen Ausblick des Reichstages wird am Montag nähere Auskunft über den Vertrag gegeben werden und soweit wir unterrichtet sind, wird der Vertrag nach der Behandlung im Auswärtigen Ausschuss veröffentlicht werden.

Einheitsfront am 1. Mai

In Columnie beschlossen die Vertreter der KPD. und SPD, Vertreter der Arbeiter-Sport- und Kulturvereine und Gewerkschaften, am 1. Mai eine geschlossene Massenansammlung durchzuführen.

Für die Orte Dorsheim, Hütendorf, Obercunnersdorf, Seerwalde, Klingenberg und Kupperisdorf ist ebenfalls eine gemeinsame Kundgebung aller Arbeiterorganisationen beschlossen worden.

Nach großer und politisch gefährlicher sind die Einwände von Heinrich Ströbel in der Chemnitzer „Vollstimme“.

Einheitsfront am 1. Mai

In Columnie beschlossen die Vertreter der KPD. und SPD, Vertreter der Arbeiter-Sport- und Kulturvereine und Gewerkschaften, am 1. Mai eine geschlossene Massenansammlung durchzuführen.

Für die Orte Dorsheim, Hütendorf, Obercunnersdorf, Seerwalde, Klingenberg und Kupperisdorf ist ebenfalls eine gemeinsame Kundgebung aller Arbeiterorganisationen beschlossen worden.

Man will die deutsche Regierung der russischen für einen Kriegszustand Neutralität zustehen. Daraus würde der § 16 der Verfassung für Deutschland vollständig aufgehoben. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund hätte durch in wesentlichen keinen Sinn verloren. Mehr noch, was Deutschland recht wäre, müßte jedem anderen Völkerbundsmitglied billig sein. Der § 16 wäre damit so gut wie aufgehoben. Ohne den § 16 aber läßt sich die ganze Friedenssicherung des Völkerbundes völlig in der Luft, wird der Völkerbund selbst zur bloßen Etappe geworden.

Janischer könnte die Bindung Deutschlands zur Teilnahme an einem Krieg des Völkerbundes gegen Sowjetrußland nicht ausproben werden, als es hier von Ströbel geschieht. Ströbel meint nämlich, daß die führenden Sozialdemokraten sich über die Bedeutung des Artikels 16 vollkommen im Klaren sind und daß sie im Ernst eine Aufhebung des Artikels 16 gar nicht wollen.

Man will die deutsche Regierung der russischen für einen Kriegszustand Neutralität zustehen. Daraus würde der § 16 der Verfassung für Deutschland vollständig aufgehoben. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund hätte durch in wesentlichen keinen Sinn verloren. Mehr noch, was Deutschland recht wäre, müßte jedem anderen Völkerbundsmitglied billig sein. Der § 16 wäre damit so gut wie aufgehoben. Ohne den § 16 aber läßt sich die ganze Friedenssicherung des Völkerbundes völlig in der Luft, wird der Völkerbund selbst zur bloßen Etappe geworden.

Janischer könnte die Bindung Deutschlands zur Teilnahme an einem Krieg des Völkerbundes gegen Sowjetrußland nicht ausproben werden, als es hier von Ströbel geschieht. Ströbel meint nämlich, daß die führenden Sozialdemokraten sich über die Bedeutung des Artikels 16 vollkommen im Klaren sind und daß sie im Ernst eine Aufhebung des Artikels 16 gar nicht wollen.